

**Vorsitzender**  
**Rainer Wagner**  
Von-der-Tann-Straße 11  
D-67433 Neustadt/Weinstraße  
Tel.: 06321 2678 Fax 483225  
Email: wagner@uokg.de

www.UOKG.de  
eMail: [Info@uokg.de](mailto:Info@uokg.de)

Ehrevorsitzende:  
Gerhard Finn & Horst Schüler  
Stellvertretende Vorsitzende  
Dr. Klaus Zöllig  
Lothar Scholz

**Bundesgeschäftsstelle:**  
Ruschestr.103, Haus 1  
10365 Berlin  
Tel.. 030 55779354  
**Geschäftszeiten:**  
Mo - Fr 16.00 - 18.00 Uhr

Berlin, 24. November 2008

## PRESSEERKLÄRUNG

Auf ihrer Projektsitzung am 22.November 2008 in Berlin verabschiedeten die Vertreter der über 30 im Dachverband „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.“ vereinigten SBZ/DDR Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, folgende Resolution:

### **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft fordert das Ende der politischen Hexenjagd in der hessischen SPD**

In Hessen wurde die Wahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin und damit die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung mit geplanter Duldung und Tolerierung durch die neo-kommunistische Partei „Die Linken“ von den vier SPD Abgeordneten Dagmar Metzger, Silke Tesch, Carmen Everts und Jürgen Walter verhindert.

Die vier Abgeordneten haben sich nicht dem geforderten Fraktionszwang unterworfen, sondern nahmen ihr im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankertes Recht wahr, nur ihrem Gewissen verpflichtet zu sein. Sie taten dies nicht leichtfertig und erst nach reiflicher Überlegung, um Schaden vom Lande Hessen abzuwenden.

Empörend ist die Hexenjagd, der sich die vier Sozialdemokraten jetzt ausgesetzt sehen. Neben übelsten Verbalinjurien („vier Schweine“), telefonischem Terror und einer beispiellosen Ausgrenzung, sollen die Vier nun auch noch aus der SPD ausgeschlossen werden. Dies ist ein Lehrstück für politische Unkultur und einer demokratischen Partei mit 140 jähriger Geschichte unwürdig.

Die UOKG, der Dachverband der durch die kommunistische Gewaltherrschaft Geschädigten, ruft die Führung der hessischen SPD, Frau Ypsilanti und Herrn Schäfer-Gümpel auf, unverzüglich mäßigend auf ihre Partei einzuwirken und dem undemokratischen Verhalten ein Ende zu setzen. Bei allem Verständnis für die Enttäuschung über den verhinderten Regierungswechsel, darf es nicht dazu kommen, daß Parteiausschlussverfahren als Strafe für ein völlig legales, demokratisches und sehr mutiges Verhalten eingeleitet werden. Die SPD begäbe sich sonst auf das Niveau der ehemaligen SED und ihrer Nachfolgeorganisation, „Die Linken“.

gez. Dr. *Klaus Zöllig*, stellvertretender Vorsitzender

gez. *Rainer Wagner*, Vorsitzender